Bevölkerungsschutz: «Wichtig, dass Bewegung in Sache kommt»

Die Regierung soll verschiedene Möglichkeiten prüfen, wie sich Liechtenstein in Krisen bestmöglich selbst helfen kann.

Vor allem durch die Coronapandemie, Kriegsausbrüche und Naturkatastrophen ist das Bewusstsein für Risiken in den vergangenen Jahren gestiegen. Doch die Palette an Gefahren wird immer grösser – gleichzeitig ist der Bestand von Menschen, die in Hilfs- und Rettungsorganisationen tätig sind, nicht gewachsen. Im Gegenteil. Immer weniger Menschen sind bereit, sich ehrenamtlich zu engagieren. Die Stiftung Zukunft.li hat dazu die Publikation «Bevölkerungsschutz. Was bedroht, wer schützt?» herausgegeben und stellte fest: «Liechtenstein kann dank Abkommen mit den Nachbarländern im Krisenfall auf Hilfe zählen, die allerdings auf Freiwilligkeit beruht. Um Hilfe von anderen Ländern zu erhalten, muss Liechtenstein beweisen können, selbst optimal für Krisen vorgesorgt zu haben. Anders als die Nachbarländer kennt Liechtenstein keine Militär- oder Zivilschutz-Dienstpflicht, es stehen daher weit weniger ausgebildete Einsatzkräfte zur Verfügung.» Im Oktober haben nun diverse Landtagsabgeordnete dazu auch ein Postulat eingereicht, mit dem die Regierung eingeladen wird, zahlreiche Fragen rund um den Bevölkerungsschutz zu beantworten. Mit 20 Ja-Stimmen wurde dieses am Mittwoch vom Landtag überwiesen.

Diverse komplexe Themen – Beantwortung schwierig

Das Postulat war weitestgehend unumstritten, allerdings gab es doch Abgeordnete, welche einige Fragestellungen und Ausführungen als «zu weitgehend» beurteilten. «Gute Antworten sind wichtig, dafür benötigt es aber Zeit. Ein brauchbares Ergebnis ist hier meiner Meinung nach frühestens in zwei Jahren zu erwarten», merkte auch die FBP-Abgeordnete Franziska Hoop mit Blick darauf an, dass Postulate in der Regel innerhalb von vier Landtagssitzungen beantwortet werden.

Für den VU-Abgeordneten Peter Frick ist vor allem eines wichtig: Dass die Diskussion vorangetrieben wird. Bild: D. Schwendener

Und auch der DPL-Abgeordnete Thomas Rehak bezeichnete den Inhalt des Postulats als «Sammelsurium von Wünschen». Vor allem für die Themen «Blackout», «Cybersicherheit» oder «Schutzraumkonzepte» wären seines Erachtens eigene Vorstösse nötig, sie seien an dieser Stelle Fehl am Platz. Deshalb schlug er vor, den Vorstoss entsprechend anzupassen und neu einzureichen. Auch Innenministerin Sabine Monauni bat die Postulanten darum, sie von der Beantwortung einer dieser komplexen Fragen zu «entbinden». Doch weil einer der Postulanten nicht anwesend war, konnte diesem Wunsch nach einer Anpassung des Postulats nicht entsprochen werden. Allerdings betonte der VU-Abgeordnete Peter Frick auch: «Uns ist natürlich bewusst, dass einige Fragen sehr schwierig zu beantworten sind, vor allem innerhalb von vier Landtagssitzungen. So würden die Erwartungen auch entsprechend zurückgeschraubt. «Wir werden die Beantwortung sicher nicht in der Luft zerreissen», machte Peter Frick deshalb deutlich. Wichtig sei vielmehr, dass Bewegung in die Sache komme und die Diskussion noch mehr angestossen werde.

Desirée Vogt